

## **Antrag**

**der Abgeordneten Deniz Celik, Sabine Boeddinghaus, Dr. Carola Ensslen,  
Olga Fritzsche, Norbert Hackbusch, Stephan Jersch, Metin Kaya,  
Cansu Özdemir, Dr. Stephanie Rose, David Stoop, Insa Tietjen, Heike Sudmann  
und Mehmet Yildiz (DIE LINKE)**

### **Betr.: Taskforce Betäubungsmittel abschaffen!**

Im April 2016 führte der damalige Senat eine Taskforce „zur Intensivierung der Maßnahmen zur Bekämpfung der öffentlich wahrnehmbaren Drogenkriminalität im Bereich der polizeilichen Region Mitte I“ (vergleiche Drs. 21/5611) ein. Diese führt Schwerpunkteinsätze, insbesondere im Bereich der Hafensstraße in St. Pauli, dem Hansaplatz in St. Georg und dem Schanzenpark im Schanzenviertel durch.

Seit ihrer Entstehung hat die Taskforce 6.480 Schwerpunkteinsätze und dabei 211.493 Personenkontrollen und 318.438 weitere polizeiliche Maßnahmen (davon allein 82.211 Aufenthaltsverbote) durchgeführt. Die Auswirkungen, die diese permanente Polizeipräsenz und -kontrollen haben, sind gravierend. So sind die Anwohner/-innen einer ständigen Überwachung ausgeliefert und müssen unter Polizeibelagerung leben. Zudem werden, aufgrund der räumlichen Überschneidungen zwischen den sogenannten gefährlichen Orten und dem Einsatzgebiet der Taskforce, der Taskforce weite Spielräume für verdachtsunabhängige Kontrollen ermöglicht. Besonders häufig sind Schwarze Menschen und People of Color die Adressaten/-innen der polizeilichen Maßnahmen der Taskforce. Racial profiling, also die polizeiliche Praktik, das Erscheinungsbild einer Person (etwa Hautfarbe, Haarfarbe oder -struktur), die Sprache oder zugeschriebene Herkunft zur Entscheidungsgrundlage für polizeiliche Maßnahmen zu machen, verstößt zwar gegen das Diskriminierungsverbot aus Artikel 3 Absatz 3 Grundgesetz. Dennoch werden faktisch Schwarze Menschen und People of Color überproportional häufig durch die Taskforce kontrolliert und müssen jederzeit damit rechnen, unter dem Vorwand der vermeintlichen Betäubungsmittelkriminalität einer polizeilichen Maßnahme unterzogen zu werden. Die Taskforce Betäubungsmittelkriminalität ist dabei allein schon aufgrund ihrer starken Präsenz ein maßgeblicher Akteur.

Zu allem Überfluss handelt es sich bei der Taskforce auch noch um ein hochgradig ineffizientes Instrument. Pro Tag werden durchschnittlich 56 Polizisten/-innen für die Taskforce eingesetzt. Insgesamt sind in den letzten fünf Jahren 739.604 Arbeitsstunden der Polizei in die Taskforce-Einsätze geflossen. Allein für diese Arbeitsstunden dürften mittlerweile Kosten in Höhe von mindestens 20 Millionen Euro entstanden sein. Die Bilanz der Taskforce ist trotz dieses erheblichen Kräfteinsatzes ernüchternd: Die Taskforce sei zielführend gewesen, da insbesondere „eine Ausweitung der erkannten Brennpunkte verhindert werden“ konnte (Drs. 22/4688). Selbst nach Auffassung der Polizei ist folglich nicht mehr erreicht worden, als den Status quo in den betroffenen Bereichen zu sichern. Es hat sich deutlich gezeigt, dass die bestehende Betäubungsmittelkriminalität an den Einsatzgebieten der Taskforce sich nicht durch Polizeieinsätze und Repression lösen lässt. Es braucht stattdessen sozialpolitische Konzepte, die bedarfsorientierte Lösungsansätze entwickeln und umsetzen.

Der Einsatz der Taskforce Betäubungsmittel ist aus sicherheitspolitischer Sicht reine Kosmetik: Der Effekt der Polizeieinsätze ist nicht die *Bekämpfung der öffentlich wahrnehmbaren Drogenkriminalität*, sondern die Verdrängung und Kriminalisierung von Schwarzen Menschen und People of Color. Nach fünf Jahren braucht es eine ehrliche Bilanz: Die Taskforce Betäubungsmittelkriminalität ist gescheitert und es ist ein sicherheitspolitischer Richtungswechsel hin zu einer sozialpolitisch orientierten Kriminalitätspolitik notwendig.

**Vor diesem Hintergrund möge die Bürgerschaft beschließen:**

Die Taskforce der Polizei Hamburg zur Bekämpfung der öffentlich wahrnehmbaren Drogenkriminalität im Bereich der polizeilichen Region Mitte I wird ersatzlos aufgelöst.